



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2019/3130

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

05.09.19

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III	26.09.2019	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Umwidmung des Fußweges nördlich entlang der Dhünn in eine Waldfläche
- Antrag der Gruppe FDP vom 29.08.19

Anlage/n:

3130 - Antrag



Herrn
Oberbürgermeister Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

FDP-Ratsgruppe

29.08.19

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien und des Rates:

Der Fußweg nördlich entlang der Dhünn in Schlebusch auf dem Dhünndeich zwischen Kreisverkehr Odenthaler Straße und Dhünnbrücke Höhe Haus Nazareth wird in Absprache mit dem Wupperverband in Waldfläche umgewidmet.

Begründung:

Seit dem frühen Frühjahr 2019 beschäftigen sich Politik und Verwaltung mit der Frage, unter welchen Bedingungen der Fußweg entlang der Dhünn zwischen Schlebusch und dem Kreisverkehr für die Öffentlichkeit zugänglich bleiben kann.

Da die Verwaltung für sich eine Verkehrssicherungspflicht definiert, ist der Weg seit Monaten für die Öffentlichkeit gesperrt. Die daraus erwachsenen Konflikte mit der Bürgerschaft, für die die Verwaltung bereits 44.000 € an Steuermitteln für Sperranlagen ausgegeben hat, sind in der Öffentlichkeit hinlänglich diskutiert worden. Um für die Zukunft solche unschönen und auch bürgerunfreundlichen Ereignisse an dieser Stelle zu vermeiden, soll der Dhünndeich auf der Nordseite, analog dem Gelände auf der Südseite des Flusses, ebenfalls zu Waldgebiet erklärt werden. Damit wäre die vermeintliche Verkehrssicherungspflicht nicht mehr gegeben.

Aus dem gültigen Flächennutzungsplan der Stadt Leverkusen geht nicht eindeutig hervor, ob es sich bei dem nördlichen Dhünndeich überhaupt um landwirtschaftliche Fläche oder um einen öffentlichen Weg handelt, für die Regionale 2010 ist dort aber ein zukünftiger Radwanderweg ausgewiesen, der jedoch bisher nicht realisiert worden ist. Gleichzeitig ist für die Fläche auch der Wupperverband zuständig.

Hier sollte eindeutig definiert und dann entsprechend zu einem Waldgebiet umgewidmet werden. Damit wären unschöne Konflikte, wie sie sich in diesem Jahr an dem Weg zwischen Verwaltung und Bürgerschaft abspielen, zukünftig ausgeschlossen.

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens
FDP-Ratsgruppensprecherin